

## Fragen

für die Fragestunde der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 18. Oktober 2006

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) . . . . .	20	Haßelmann, Britta . . . . .	8, 9 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bonde, Alexander . . . . .	6, 7 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.) . . . . .	18, 19
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.) . . . . .	14, 15	Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.) . . . . .	3, 21
Dr. Dehm, Diether (DIE LINKE.) . . . . .	1, 12	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	4, 5
Dreibus, Werner (DIE LINKE.) . . . . .	10, 11	Dr. Hofreiter, Anton . . . . .	16, 17 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ernst, Klaus (DIE LINKE.) . . . . .	2, 13	Koppelin, Jürgen (FDP) . . . . .	24, 25
Gehring, Kai . . . . .	22, 23 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP) . . . . .	26, 27

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung .....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	7
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	8

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die enormen Unterschiede im Einkommen von Vorstandsmitgliedern einerseits und übrigen Angestellten andererseits von rechtsextremen Parteien benutzt werden, wodurch Rechtsradikalismus sowie der Einzug rechtsextremer Parteien in verschiedene Landtage in Deutschland befördert werden?\*)

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordneter  
**Klaus Ernst**  
(DIE LINKE.) Wie steht die Bundesregierung zu einer Gesetzesinitiative, die eine Managerhaftung vorsieht, die sich an der entsprechenden Gesetzgebung in den USA und Großbritannien orientiert?\*\*)

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordnete  
**Cornelia Hirsch**  
(DIE LINKE.) Aus welchem Grund hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, die Anbieter von Nachhilfeunterricht durch Befreiung von der Umsatzsteuer staatlich zu subventionieren und damit auf Steuereinnahmen, die für das öffentliche Bildungswesen verwendet werden könnten, zu verzichten?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

4. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) Ist aus der Sicht der Bundesregierung die öffentliche Übernahme einer „Patenschaft“ für ein Feld mit gentechnisch verändertem Mais durch den Leiter des Molekularbiologischen Zentrums der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL), Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany, mit seinen Dienstpflichten vereinbar?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 12.

\*\*) Siehe hierzu auch Frage 13.

5. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um sich daraus etwa ergebende Zweifel an der wissenschaftlichen Unvoreingenommenheit der BfEL in Fragen der Untersuchung und Bewertung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten auszuräumen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

6. Abgeordneter  
**Alexander Bonde**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die ersten bzw. letzten nuklearwaffenfähigen Tornado-Flugzeuge außer Dienst zu stellen, und kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, dass in dieser Legislaturperiode Entscheidungen getroffen werden, die darauf hinauslaufen, den Eurofighter zum Nuklearwaffenträger nachzurüsten?
7. Abgeordneter  
**Alexander Bonde**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern hat sich die Bundesregierung im Weißbuch geeinigt, und inwieweit ist dabei vorgesehen, dass die Bundeswehr, z. B. zur Sicherung des Luft- oder Seeraums, Waffengewalt anwenden kann und darf?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

8. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung nach der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verlagerung der Kompetenz für das Heimrecht an die Bundesländer im Zuge der Föderalismusreform zum derzeitigen Stand der Planung und Umsetzung für Heimgesetzgebungen in den einzelnen Ländern, und wie bewertet die Bundesregierung diese?
9. Abgeordnete  
**Britta Haßelmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Koordinierungsinstrumente oder -prozesse der Länder in Fragen des Heimrechts, die darauf abzielen, dass auch bei der zukünftigen Ausgestaltung der Länderheimgesetze Standards nicht zu sehr voneinander abweichen – ähnlich der bisherigen Vor-

gehensweise der Bund-Länder-Arbeitsgruppe – wie es die Antwort auf die Fragen 24 und 25 der Abgeordneten Elisabeth Scharfenberg in der Fragestunde vom 8. März 2005 (Plenarprotokoll 16/21, S. 1615 f.) nahe legte?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie**

10. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Sachverhalt, dass der durchschnittliche Vorstandsvorsitzende eines DAX-Unternehmens 150-mal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer verdient?
11. Abgeordneter  
**Werner Dreibus**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die enormen Einkommensunterschiede zwischen Vorstandsmitgliedern von DAX-Unternehmen und den übrigen Angestellten dieser Unternehmen sozialen Unmut in den Betrieben und der Bevölkerung insgesamt verursachen?
12. Abgeordneter  
**Dr. Diether Dehm**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Vorstandsgehälter teilweise in keinem Verhältnis zur Leistung und Verantwortung – Stichwort Managerhaftung – der Vorstände stehen?\*)
13. Abgeordneter  
**Klaus Ernst**  
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung gesetzlichen Handlungsbedarf, um die enormen Einkommensunterschiede zwischen Vorstandsmitgliedern und den übrigen Angestellten eines Unternehmens zu verhindern?\*\*)
14. Abgeordnete  
**Eva Bulling-Schröter**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch unverhältnismäßig hohe Vorstandsgehälter die Ertragskraft eines Unternehmens und damit dessen langfristige Entwicklung geschwächt wird?

\*) Siehe hierzu auch Frage 1.

\*\*) Siehe hierzu auch Frage 2.

15. Abgeordnete  
**Eva  
Bullig-Schröter**  
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang von extrem hohen Einkommensunterschieden zwischen Vorständen großer Unternehmen und deren einfachen Angestellten einerseits und der Leistungsbereitschaft der Beschäftigten andererseits?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung**

16. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Gründe und die Angemessenheit für die Höhe der Preisanhebung zum 1. Januar 2007 bei der Deutsche Bahn AG (DB AG) transparent werden und ein Zusammenhang zwischen der geplanten Teilprivatisierung der DB AG und zusätzlicher Belastung der Kunden ausgeschlossen werden kann?
17. Abgeordneter  
**Dr. Anton  
Hofreiter**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung bzw. der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Falle der Uneinigkeit der Bundesländer in der Frage der Genehmigungsfähigkeit der Preisanhebung zum 1. Januar 2007 bei der DB AG das in § 5 Abs. 4 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vorgesehene Einvernehmen dahingehend herstellen, der beantragten Preisanhebung zuzustimmen, und wie lässt sich nach Auffassung der Bundesregierung die Preisanhebung mit dem im Vergleich zum Vorjahr verbesserten Betriebsergebnis der DB AG in Einklang bringen?
18. Abgeordneter  
**Hans-Kurt  
Hill**  
(DIE LINKE.)
- In welchen einzelnen Punkten ist bei der Bundesregierung die Einführung eines bedarfsorientierten Gebäudeenergiepasses, so wie ihn Deutscher Mieterbund, Verbraucherzentrale Bundesverband und Deutsche Umwelthilfe fordern, strittig?
19. Abgeordneter  
**Hans-Kurt  
Hill**  
(DIE LINKE.)
- Wann genau können die Verbraucherinnen und Verbraucher, die unter stark gestiegenen Energiekosten leiden, mit der Einführung eines Gebäudeenergiepasses rechnen, der nach EU-Vorgabe bereits im Januar dieses Jahres hätte eingeführt werden müssen?

20. Abgeordneter  
**Wolfgang  
Börnsen  
(Bönstrup)**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, noch in diesem Jahr gemeinsam mit der Regierung des Königreiches Dänemark einen positiven Grundsatzbeschluss für den Bau der 20 km langen Fehmarnbelt-Querung von Puttgarden nach Rödby, ein Schlüsselprojekt für Norddeutschland, zu fassen, nachdem die Regierung in Kopenhagen bereits Zustimmung zu dieser mit ca. 5 Mrd. Euro privat finanzierten verkehrspolitischen Maßnahme signalisiert hat und das EU-Parlament über die in Anspruch zu nehmenden Finanzierungsmittel der transeuropäischen Netze (TEN) bereits Anfang Dezember dieses Jahres befinden wird?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

21. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Lösung haben die Bund-Länder-Verhandlungen zum Hochschulpakt bezüglich der Fortsetzung der Hochschul- und Wissenschaftsprogramme – insbesondere des Programms zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre – gefunden, bzw. welche Lösung wird von der Bundesregierung vorgeschlagen?
22. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen sieht das Angebot der Bundesregierung zum Hochschulpakt an die Länder weniger Mittel für die Förderung von Studienplatzkapazitäten als für die Forschungsförderung vor, und wie sollen die Bundesmittel für den Studienplatzkapazitätsaufbau unter den Bundesländern verteilt werden?
23. Abgeordneter  
**Kai  
Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum beinhaltet das Angebot der Bundesregierung für den Hochschulpakt lediglich Finanzierungszusagen für den Studienplatzkapazitätsaufbau bis zum Jahr 2010, obwohl ein noch größerer Studienplatzbedarf in den Folgejahren zu erwarten ist, und wie erklärt die Bundesregierung die Differenz zwischen ihrem Finanzierungsangebot zum Studienplatzkapazitätsaufbau einerseits und dem – selbst bei hälftiger Aufteilung der Finanzierung zwischen Bund und Ländern – für 2007 und die Folgejahre deutlich höheren, vom Wissenschaftsrat errechneten Finanzbedarf andererseits, den sich die Bundesregierung in Bundestagsdrucksache 16/2258 ausdrücklich zu eigen macht?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und  
des Bundeskanzleramtes**

24. Abgeordneter  
**Jürgen  
Koppelin**  
(FDP)
- Aus welchen Gründen hat die Bundeskanzlerin im ZDF am 8. Oktober 2006 erklärt, „dass Schluss sein muss damit, dass unentwegt die Ministerpräsidenten der Union angegriffen werden“?
25. Abgeordneter  
**Jürgen  
Koppelin**  
(FDP)
- Welche Konsequenzen wird die Bundeskanzlerin ziehen, wenn sie in „Bild am Sonntag“ (8. Oktober 2006) erklärt: „Es reicht jetzt mit den unaufhörlichen Angriffen von Herrn Struck auf die Ministerpräsidenten der Union“ und der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck dennoch die Angriffe unaufhörlich fortsetzt?
26. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(FDP)
- Welche Staaten haben das UNESCO-Übereinkommen vom 14. November 1970 über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut (UNESCO-Konvention von 1970) nicht lediglich ratifiziert, sondern auch in nationales Recht umgesetzt, und in wie vielen Staaten gibt es Ausführungsgesetze, die über eine 1-zu-1-Umsetzung der Konvention hinausgehen?
27. Abgeordneter  
**Hans-Joachim  
Otto**  
(Frankfurt)  
(FDP)
- Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung anders als zahlreiche andere Staaten, keine Vorbehalte zu der UNESCO-Konvention von 1970 abzugeben, und welche Auswirkungen hätte eine vorbehaltlose Ratifizierung der völkerrechtlich wirksamen UNESCO-Konvention von 1970 auf die nationale Regelung des Freien Geleits nach § 20 des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung bzw. auf kriegsbedingt ins Ausland verbrachte Kulturgüter?